

## **Interview zur Terrorismusbedrohung mit Prof. Dr. Joachim Krause, erschienen in der Schleswig-Holstein Zeitung (SHZ) am 13.1.2015**

*1. Wie groß ist Ihre Sorge, dass so furchtbare Anschläge wie in Paris auch in Deutschland passieren?*

Derartige Anschläge sind bei uns möglich, denn auch in Deutschland gibt es ein Milieu von radikalisierten und zu extremen Gewalttaten bereiten jungen Männern (und auch Frauen). Die Behörden gehen von mindesten Tausend „Gefährdern“ aus, von denen ungefähr die Hälfte sich derzeit beim Islamischen Staat oder bei al-Qaida aufhalten. Darüber hinaus muss man von einer Dunkelziffer von weiteren Personen (bis zu tausend) rechnen, die auf dem Weg zum Jihadisten sind.

*2. Besonders hohe Gefahr geht von denjenigen aus, die sich in Terrorcamps im Nahen Osten zu Terroristen haben ausbilden lassen und nun nach Deutschland zurückkehren. Was kann der Staat tun, um zu verhindern, dass diese Heimkehrer hier ein Attentat begehen? Alle überwachen?*

In einem freiheitlichen Rechtsstaat können die Behörden einiges tun, aber es bleibt begrenzt. Sofern der Nachweis vorhanden ist, dass jemand bei IS oder al-Qaida mitwirkt, kann dieser gemäß Strafgesetzbuch bis zu zehn Jahren in Haft kommen, oder wenn die Beteiligung an Mord nachweisbar ist, dann auch für länger. In den meisten Fällen wird weder das eine noch das andere nachweisbar sein. Dann kann man die Personen nur observieren, was ab einer bestimmten Anzahl kaum noch praktikabel ist, weil dafür das entsprechende Personal fehlt.

*3. Die Bundesregierung will künftig schon das Reisen von radikalen Islamisten in Länder wie Jemen, Syrien oder Irak unter Strafe stellen. Außerdem wollen die europäischen Staaten das Reisen per Flugzeug durch eine Datenbank für Fluggäste besser überwachen. Was halten Sie von diesen Maßnahmen?*

Was den Austausch von Fluggastdaten betrifft, so halte ich das für vernünftig. Wäre das früher machbar gewesen, hätten möglicherweise die Attentate in Paris verhindert werden können. Die Idee Reisen in bestimmte Länder für bestimmte Personen zu verbieten, halte ich für problematisch. Vermutlich ist das gar nicht umsetzbar. Sollte eine derartige Regelung dennoch praktikabel sein, könnte sie den Negativeffekt haben, dass die Gewalttäter gleich bei uns zuschlagen und nicht erst ins Ausland gehen.

*4. Streit in der Bundesregierung gibt es über die Vorratsdatenspeicherung. Die Union und ihr Innenminister Thomas de Maizière wollen sie wieder einführen, die SPD und ihr Justizminister Heiko Maas lehnen sie dagegen ab, auch weil sie gegen das Grundgesetz verstoße. Was finden Sie sinnvoll?*

Bei Vorratsdatenspeicherung werden telefonische Verbindungsdaten von den jeweiligen Telekom-Unternehmen für einen vom Gesetzgeber zu definierenden Zeitraum (der sich in Monaten misst) gespeichert und stehen im Einzelfall bei richterlicher Anordnung den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung. Sie sind ein unverzichtbares Instrument, um nach einer Tat die Netzwerke zu identifizieren, innerhalb derer die Straftat begangen wurden und

können damit auch künftige Straftaten zu verhindern helfen. Dass es immer noch keine Grundgesetzkonforme Regelung in Deutschland zur Vorratsdatenspeicherung gibt, ist ein Skandal. Die Begründung von Justizminister Maas, dass jede Vorratsdatenspeicherung grundgesetzwidrig sei, ist nachweisbar falsch, denn sowohl das Bundesverfassungsgericht wie der Europäische Gerichtshof haben sehr präzise aufgezeigt unter welchen Bedingungen diese rechtlich zulässig ist. Wenn Minister Maas zudem die Vorratsdatenspeicherung als „Totalüberwachung“ qualifiziert, dann ist das populistisch. Ich verstehe nicht, warum die SPD, die bis vor wenigen Jahren im Einklang mit allen einschlägigen Gewerkschaften für die Vorratsdatenspeicherung war, sich diese Haltung heute zu eigen macht.

*5. Wo sehen Sie ansonsten den größten Handlungsbedarf für Bund und Länder, um die Terrorabwehr zu verbessern?*

Wir müssen vor allem daran arbeiten, dass die Anwerbung junger Menschen durch salafistische Hassprediger unter Strafe gestellt wird. Es bedarf einer entsprechenden Anpassung des Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches („Volksverhetzung“).

*6. Warum schließen sich Jugendliche aus Deutschland dem IS an - und wie schafft man es, die Anziehungskraft solcher Terrororganisationen auf manche junge Menschen zu schwächen*

In der Regel sind das junge Menschen mit geringem Bildungsgrad und zumeist kriminellem Hintergrund. Häufig sind es Verlierertypen, die auf salafistische Hassprediger hineingefallen sind oder sich im Internet radikalisiert haben. Das wird man nie ausschließen können, aber durch entsprechende Jugendarbeit lässt sich vielleicht einiges ausrichten. Viele haben einen Migrationshintergrund und eine Biographie, die erkennen lässt, dass Migrantenkinder bei uns immer noch benachteiligt sind. Auch hier könnte noch vieles verbessert werden.